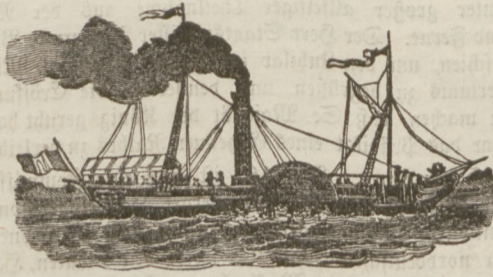


# Danziger Dampfboot.

№ 300.

Montag, den 23. Dezember.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Inserate, pro Spaltzeile 9 Pfge., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.



1861.

31ster Jahrgang.

Abonnementspreis hier in der Expedition Portefeuillengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. Hiesige können auch monatlich mit 10 Sgr. abonniren

## Telegraphische Depeschen des „Danziger Dampfboots“.

[Wolffs Telegraphisches Bureau.]

Hannover, Sonnabend 21. Dec.

Der Kultusminister von Bothmer ist nach längerer Krankheit heute gestorben. Als Nachfolger bezeichnet man den früheren Kultusminister Bergmann.

Wien, Sonnabend 21. Dec., Abends.

Die „Presse“ theilt in ihrer heutigen Abendausgabe mit, daß die Insurgenten in der Sutorina die Absicht haben sollen, die von den Oesterreichern zerstörten Batterien wiederherzustellen.

Belgrad, Sonnabend 21. Dec.

Garaschanin ist zum Predstavnik und Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden. Der bisherige Predstavnik Christich tritt in den Senat zurück.

Paris, Sonntag 22. Dec., Vormitt.

Der Senat hat in seiner gestrigen Sitzung nach einer vorhergegangenen Rede des Finanz-Ministers Fould den Senats-Consult mit 132 gegen eine Stimme angenommen.

London, Sonntag 22. December, Mittags.

Nach Berichten aus New-York vom 10. wäre der Bundesregierung ein Schreiben des Nordamerikanischen Gesandten in Paris zugegangen, welches meldet, daß die Minister Thowenell und Russell das Einvernehmen Englands und Frankreichs betreffs gemeinschaftlicher Action in der amerikanischen Angelegenheit officiell konstatiert hätten.

Der Finanzminister hat dem Kongresse das Budget vorgelegt. Dasselbe hat in finanziellen Kreisen eine ungünstige Wirkung hervorgebracht. Es schätzt die Verminderung der Eingangszölle pro 1862 von 57 auf 32 Mill. Dollars. Erhöhung der Zucker-, Thee- und Kaffeesteuer, Veränderungen im Tarif, sowie Vermehrung der Abgaben wird empfohlen. Verbrauchssteuern auf geistige Getränke, Tabak, Bankbillets und Papier werden vorgeschlagen. Das Deficit pro 1862 wird auf 214 Mill. Dollars veranschlagt.

Der „New-York-Herald“ meint, daß die Trent-Affaire keine Verletzung des Völkerrechts involvire.

London, Sonntag 22. December, Nachm.

Newyorker Berichte vom 12. d. Mts. melden, daß die Correspondenz des Amerikanischen Gesandten in Paris konstatiere, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Seward habe in einer Zusammenkunft mit den Gesandten Englands und Frankreichs, welche am 15. hier stattgefunden, die offizielle Vorlesung von den Seitens Englands und Frankreichs an die Bundes-Regierung gerichteten Depeschen nicht gestatten wollen, ohne vorher von ihrem Inhalt Kenntniß genommen zu haben. Seward habe die Mittheilung der Depeschen an die Bundes-Regierung verweigert, weil dieselben, indem sie von den beiden Parteien als kriegsführende Kenntniß nähmen, von dem Gesichtspunkte ausgingen, daß die vereinigten Staaten keine souveraine Macht seien. — Der Kongress hat die Annahme von Maasnahmen zur Auswechslung der Gefangenen und die Aufhebung der Habeascorpusakte durch den Präsidenten votirt. — Einem Gerichte zufolge werden zwei neue Sonderbunds-Kommissäre nach Europa gehen. — Wie man glaubt, werden die Verbündeten in Mexiko keinen Widerstand finden, die Spanische Invasion in das Innere aber würde auf Widerstand stoßen.

Turin, Sonnabend 21. December.

Katuzzi hat sein Demissionsgesuch zurückgezogen. Der Finanz-Minister legte der Kammer eine Darstellung der Finanzlage vor. Nach derselben beläuft sich das Deficit für 1862 auf 159 Millionen Francs, welches durch neue Steuern, deren Ertrag auf 139 Millionen veranschlagt wird und durch Emission von Schatzscheinen, von denen nur 30 Millionen gegenwärtig in Circulation kommen werden, gedeckt werden soll. Die provisorische Genehmigung des Voranschlages von 1862 wurde hierauf mit 202 gegen 39 Stimmen angenommen.

Warschau, Sonnabend 21. Dec.

Das Regierungsblatt enthält drei Ukase, durch welche die Entlassung des Grafen Wielopolski und die Ernennungen des Senators Hube zum Kultusminister, sowie des Stadtraths Dembowski zum Justizminister, bekannt gemacht werden.

## Die Botschaft des Präsidenten Lincoln,

(Schluß.)

Es gewährt Befriedigung zu wissen, daß die durch die Rebellion nöthig werdenden Ausgaben die Hilfsmittel der loyalen Bevölkerung nicht übersteigen, und zu glauben, daß derselbe Patriotismus, welcher bis dahin die Regierung aufrecht erhalten hat, dies fortwährend thun wird, bis der Friede und die Einigkeit dem Lande wieder geschenkt sein werden. — Ich verweise achtungsvoll auf den Bericht des Kriegssecretairs in Betreff der numerischen Stärke der Armee und seine Empfehlungen ihrer Wirksamkeit und der Verbesserung aller Branchen der Armee. Die Empfehlung des Secretairs in Betreff der gleichmäßigen Organisation der Miliz ist ein Gegenstand der höchsten Wichtigkeit für die künftige Sicherheit des Landes, und sie wird der ganz besonderen Betrachtung des Congresses werth sein.

Der Bericht des Marine-Secretairs verbreitet sich in detaillirter Weise über die Operationen dieser Branche des Dienstes, die Thätigkeit und Energie, welche die Verwaltung charakterisiren, und die Resultate der Maßregeln, welche ergriffen wurden, um die Stärke und Wirksamkeit der Flotte zu erhöhen. Die Vermehrung durch Bau und Ankauf ist eine derartige, daß sich fast sagen läßt, eine Flotte sei geschaffen und zur Verwendung gebracht worden, seit unsere Schwierigkeiten begonnen haben. Besondere Beachtung bitte ich dem Vorschlage des Secretairs zu schenken, betreffend eine vollkommene Organisation der Flotte durch Einführung neuer Grade im Dienste. Die gegenwärtige Organisation ist mangelhaft und unbefriedigend.

Hierauf ist die Rede von der Pflege der Justiz und es heißt u. A.: „Eine der unvermeidlichen Folgen der gegenwärtigen Insurrektion besteht darin, daß in vielen Orten alle gewöhnlichen Mittel, bürgerliche Justiz durch die Beamten und in Formen bestehender Gesetze handhaben zu lassen, völlig unterdrückt sind. Dies ist der Fall im Ganzen oder theilweise in allen empörten Staaten, und wie unsere Heere vorrücken und Theile dieser Staaten in Besitz nehmen, tritt das praktische Uebel mehr zu Tage. Es giebt keine Gerichtshöfe noch Beamten, an welche die Bürger anderer Staaten behufs Geltendmachung ihrer rechtmäßigen Ansprüche gegen Bürger der empörten Staaten sich wenden könnten, und diese Forderungen constituiren eine große Schuldenmasse. Einige haben sie auf zweihundert Millionen Dollar veranschlagt, die zum großen Theil von Insurgenten, die sich im offenen Auf-

ruhr befinden, an loyale Bürger geschuldet werden, welche aber jetzt in der Ausübung ihrer patriotischen Pflicht, die Regierung zu unterstützen, große Opfer bringen.

Unter solchen Umständen bin ich dringend ersucht worden, durch Militärgewalt Gerichtshöfe zu errichten, um in solchen Fällen summarische Justiz zu üben. Ich habe bis jetzt abgelehnt, dies zu thun — nicht weil ich etwa Zweifel hegte, daß der angeregte Zweck, das Einziehen der Schulden an sich richtig und gerecht sei, sondern weil ich nicht Willens gewesen bin, in der ungewöhnlichen Nachtausübung über das Gebot der Nothwendigkeit hinauszugehen. Allein die Befugnisse des Congresses sind, wie ich vermüthe, der anomalen Lage gewachsen und deshalb verweise ich den ganzen Gegenstand an den Congress in der Hoffnung, daß ein Plan für die Handhabung der Justiz in allen denjenigen Theilen der empörten Staaten und Territorien erdacht werden mag, die sich, sei es durch freiwillige Rückkehr zur Treue und Ordnung, sei es durch die Gewalt unserer Waffen, unter der Controle unserer Regierung befinden mögen.“

Nachdem ferner von finanziellen Gegenständen, Colonisationen u. s. w. die Rede gewesen, heißt es: „Bei Erwägung der für die Unterdrückung des Aufstandes zu befolgende Politik habe ich mich ernstlich bemüht, daß der unvermeidliche Conflict zu diesem Ende nicht in einen wilden und schonungslosen Revolutionskampf ausarten sollte. Ich habe es deshalb in jedem Falle für schädlich gehalten, die Integrität der Union als den vornehmsten Zweck des Streites von unserer Seite aufrecht zu halten und alle andern Fragen, welche nicht von wesentlicher militairischer Wichtigkeit sind, der wohlbedachten Entscheidung der Gesetzgebung zu überlassen.“

Gemäß der mir eingeräumten Outdünken habe ich die Blokade der Häfen der Insurgenten beibehalten, anstatt das Congressgesetz für die Schließung jener Häfen in Kraft zu setzen. So auch habe ich den Geboten der Klugheit, wie den Verpflichtungen des Gesetzes gehorcht, anstatt dessen Vorschriften zu überschreiten, indem ich dem Congressact über die Confiscation des für insurrectionelle Zwecke verwendeten Eigenthums treu blieb. Wenn ein neues Gesetz über denselben Gegenstand vorgeschlagen werden sollte, so wird man dessen Zweckmäßigkeit wohl erwägen. Die Union muß erhalten werden, und zu dem Zwecke sind alle unerläßlichen Mittel anzuwenden.

## M u n d s h a u.

Berlin, 22. Dec. Morgen Montag um 11 Uhr Morgens wird ein Trauergottesdienst stattfinden in der Englischen Gesandtschafts-Kapelle (Schloß Monbijou) für den heimgegangenen Prinzen Albert von Großbritannien. Die königliche Familie sowohl, als die Minister und das diplomatische Corps werden zugegen sein.

— Die Worte, welche der König, in Beziehung auf die Wahlen, zu den Pastoren in Leylingen gesprochen haben soll, sind zwar schon von der ministeriellen Sternzeitung als „tendenzlos übertrieben“ bezeichnet worden. Inzwischen bringt der „Kreis-Anzeiger“ von Gardelegen vom 18. Decbr. noch einmal die Rede des Königs vom 11. Decbr., mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß dies eine „Ergänzung“ der in der Kreuzzeitung enthaltenen gemessenen Correspondenz sei. Der Artikel des Kreis-Anzeigers





